11 Kirch., 532 Kmpf.-Dresden.

Abonnement vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 3.75. — Inserate Morgens 10 bis Nachmittags 3 Uhr, Sonntags bis 12 Mitt. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachm. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg., für Vereine aber nach Belieben 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Reklamen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Insertions-Aufträge gegen Pränumerando-Bezahlung durch Briefmarken od. Postquittung. Inserate nehmen sämmtliche renommirte Annoncen-Expeditionen an. Für Rückgabe eingef. Manuscripte keine Verbindlichkeit.

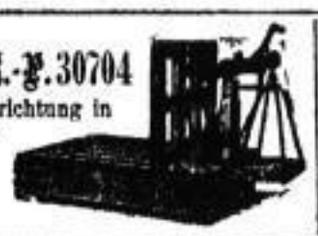
Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Täglich Eingang von Neuheiten geschmackvoller **Bijouterien** als Broschen, Ohrringe, Kreuze, Medaillons, Colliers, Armbänder, Hut-Agraffen, Einsteckkämme, Haarpfeile, Uhrketten, Manschettenknöpfe etc. Specialität: Schmuckgegenstände aus echtem Jett. **J. Bargon Söhne,** Dresden, Wilsdrufferstrasse 21 b u. Sophienstrasse 6 am Postplatz.

Für die **Dresdner Nachrichten,** sowie für **alle** Blätter der Welt nimmt zu tarifmässigen Preisen Inserate an die **erste und älteste Annoncen-Expedition** **Haasenstein & Vogler, Dresden.** Wirksame Abfassung der Annonce, diskrete Entgegennahme und Weiterbeförderung der Offert-Briefe gratis.

Wagner's Patent-Decimal-Waage, D.R.-P. 30704 mit Entlastungs-Arretirungs-Vorrichtung in unübertroffener Constructions-Verbesserung. **Wagner & Söhne,** Waagenfabrik. **Nossen** in Sachsen.



Richard Zschunke, Dresden-A., Tuschenberg 2. Fabrik von Korbwaaren und Strohtaschen in den einfachsten bis zu den hochfeinsten Artikeln.

Emser Pastillen der Kgl. Brunnenkurverwaltung, unter Staatscontrole dargestellt, bei Husten u. Heiserkeit sehr zweckdienlich, Schachtel 75 Pfg. **Königl. Hofapotheke, Dresden,** am Georgenthor.

Nr. 92. 31. Jahrgang. Auflage: 42,000 Expl.

Witterungsaussichten für den 2. April: Südwestwind mittlerer Stärke bei durchschnittlich mittlerer Bewölkung, ohne wesentliche Niederschläge. Temperatur wenig verändert.

Dresden, 1886. **Freitag, 2. April.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Nach aufregenden Verhandlungen, nach zahlreichen Ordnungsrufen, nach gereizten persönlichen Bemerkungen hat im Reichstage die Abstimmung über das Sozialistengesetz stattgefunden. Es war zwar nur die 2. Lesung, aber die Verhältnisse liegen so, daß man auch die Schlußabstimmung jetzt schon genau kennt. Das Sozialistengesetz wird also verlängert und zwar ganz so, wie es der Reichskanzler dem Reichstage vorgelegt hatte. Die einzige Aenderung ist, daß es nicht auf 5, sondern nur auf 2 Jahre verlängert wird. Das Centrum setzte zwar anfangs in der Einzelberathung die Annahme der Windthorst'schen Anträge durch, nachher verschob sich aber das Bild, und diese Anträge fielen unter den Tisch. Das Centrum ließ sich dadurch nicht abhalten, für die Durchsetzung des Gesetzes einzutreten. Es erlangte eine Mehrheit von 173 gegen 146 Stimmen. Diese Abstimmung besagt deutlich genug, wie ernst es der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes mit der Abwehr der gemeingefährlichen sozialdemokratischen Bestrebungen ist. Dieser Eindruck würde noch imposanter sein, wenn die Deutschfreisinnigen nicht aus Sorge um ihre Wiederwahl sich auf Seite der Sozialdemokraten geschlagen hätten. Sie glauben, es nicht mit der Sozialdemokratie verderben zu sollen — eine Kurzsichtigkeit, über welche Niemand sich mehr amüsiren dürfte, als die Sozialdemokratie selbst. Auch der ausführlichste Sitzungsbericht ist nicht im Stande, die Leidenschaft zu schildern, die zeitweise während der Berathungen zum Ausdruck kam. Man beschimpfte sich gegenseitig, und was an Haß gegen einen politischen Gegner im Herzen kochte, das rang nach gifterfülltem Ausdruck. Gegen den Hofprediger Stöcker wurden von den Sozialdemokraten und den Fortschrittlern um die Wette Stinkbomben geworfen, als Antwort allerdings auf die persönlichen Angriffe, mit denen Stöcker gegen die verjudete Sozialdemokratie losgelegt hatte.

Nächst Stöcker stand der Abg. Bebel im Mittelpunkte der persönlichen Angriffe. Er hatte sich am Montage gegen den Staatsminister v. Puttkamer, am Dienstag gegen den Reichskanzler Fürsten Bismarck zu vertheidigen. Der Streit drehte sich um die Auslegung der Worte Bebels betreffs der Zulässigkeit des Fürstenmordes. Bebel bestritt entschieden, daß er in einer früheren Aeußerung dieses Verbrechen gebilligt habe. Fürst Bismarck blieb bei seiner gegentheiligen Auffassung und faßte sein Schlußurtheil in folgende Anklage gegen die Sozialdemokraten zusammen: „Niemand anders hält den Mord erlaubt unter Umständen, Sie halten ihn für erlaubt unter Umständen und Sie wollen die Umstände, unter denen er erlaubt sein soll, der eigenen Beurtheilung überlassen, auch des Jünglingen und Unerfahrensten unter Ihnen und Sie ermuntern durch derartige Aeußerungen, wie sie der Abg. Bebel gemacht hat, geradezu dazu." So viel ist ganz sicher, daß die breiten und ausführlichen Erörterungen der Parlamente über solche Schandthaten, wie Fürstenmord, der Sache der Ordnung selbst nicht dienen und den Sinn des Volkes für Gesetzmäßigkeit nicht stärken. Gerade die Subjektivität des Urtheils des Einzelnen über Das, was erlaubt oder unstatthaft ist, thun der allgemeinen Moral, den für Alle verbindlichen Sittengesetzen Abbruch. Wie leicht maßt sich so ein halbreifer Bursche, dessen wahnwitziger Ehrgeiz ihm eine geschichtliche Aufgabe einflüstert, eine verhängnißvolle Rolle an! Man soll die Fantasie des Volks, die sich namentlich in der unerfahrenen Jugend besonders lebhaft äußert, nicht mit solchen Gräuelthaten füttern und anregen! Drum halten wir die ausführlichen Besprechungen des Themas des Fürstenmordes im Reichstage nicht für einen Vortheil und beschränken uns im Sitzungsberichte darauf, nur Das mitzutheilen, was zum Verständniß des Ganzen unerläßlich ist. So liegt auch bei dem belgischen Arbeiteraufruhr, wenn er länger andauern und nicht baldigst erstickt werden sollte, eine Hauptgefahr darin, daß sich die Menschen auch außerhalb Belgiens allmählig an die Vorstellung so vieler Schändlichkeiten gewöhnen, wie dort passiren, als da sind Einäscherungen von Fabriken, Zerstörung von Eigenthum, Vernichtung von Arbeitsmitteln, Brandschatzung, Raub, Todtschlag, Mord! Die Nutzanwendung dieser belgischen Zustände auf das deutsche Sozialistengesetz liegt nahe. Hat Letzteres doch schließlich keinen anderen Zweck, als den, die unverdorbenen Gemüther des arbeitenden Volkes vor der Vergiftung mittelst anarchistischer Lehren zu bewahren. Eine ununterbrochene Lektüre dieser revolutionären Brandschriften gewöhnt den Menschen schließlich daran, in revolutionären Verbrechen nichts Außerordentliches zu erblicken und macht ihn zuletzt auch gegen das Entsetzlichste gleichgiltig. In diesem Gesichtspunkt ist der Hauptgrund für die jetzt vom Reichstage beschlossene Verlängerung des Sozialistengesetzes zu suchen.

Mit großer Sorge muß man jetzt das Schicksal der preußischen Kirchenvorlage betrachten. Bischof Dr. Kopp war nicht in der Lage, der betreffenden Kommission des Herrenhauses die Bereitwilligkeit des Papstes zu einer entsprechenden Gegenleistung für das Entgegenkommen des preußischen Staats zu erklären. Das Einzige, was er in Aussicht stellte, war, daß die Kirche die Namen der Pfarrer für die augenblicklich vakanten geistlichen Stellen dem Staate anzeigen wolle, zu einer regelmäßigen und fortgesetzten Anzeigepflicht sei aber Rom nicht bereit. Daraufhin lehnte die Kommission die weiteren vom Bischof von Fulda dem Staate angesonnenen Zugeständnisse ab. Dem Bischof selbst wird man aus dem Scheitern des Friedenswerkes nicht einen Vorwurf machen können. Er hatte in gutem Glauben, Rom billige sein Verhalten, an dem Zustandekommen der Kirchenvorlage mitgewirkt, und die Kommission hatte ebenfalls in der Annahme, Rom wolle den Frieden, der Papstkirche werthvolle Zugeständnisse gemacht. Auf einmal erscheint der Trierer Domherr Dr. Reuß auf der Bildfläche, derselbe, der bereits 1879/80 bei den Verhandlungen mit dem päpstlichen Nuntius Jacobini eine sehr unheilvolle Rolle gespielt hatte, und dieser Dr. Reuß durchkreuzt alle Bemühungen des Bischofs. Er zwingt ihn, immer neue Zumuthungen zu stellen. Man müßte daher an dem Zustandekommen des Friedenswerkes verzweifeln, wenn nicht der Kultusminister Dr. v. Goßler geäußert hätte: für die Regierung sei die Verhandlung noch nicht zu Ende. Der preußische Gesandte beim Papste, Herr v. Schlözer, ist spornstreichs nach Berlin gefahren und wurde schon vom Kultusminister v. Goßler empfangen. Es verlautet außerdem, daß die Regierung jetzt auch auf die Anzeigepflicht keinen so großen Werth lege, da diese praktisch nicht viel Bedeutung habe. Es scheint daher für genügend erachtet zu werden, daß Rom sich von der Begünstigung der Polen losagt. Ob in den nächsten Tagen eine Entscheidung erfolgt, ist noch ungewiß; jetzt wechseln die Aussichten für und wider Tag für Tag.

Recht behaglich sehen sich auch die Verhältnisse in der äußeren Politik nicht an. Rußland benutzt die Verlegenheiten, in denen sich die wichtigsten europäischen Staaten befinden, gewissermaßen zu Uebergriffen in der Orientpolitik. England erscheint ihm durch die irische Frage, Frankreich und Belgien durch die Arbeiterunruhen, Deutschland durch den Kulturkampf, Oesterreich durch seine Nationalitätenwirren so mit sich selbst beschäftigt, daß Rußland jede Mäßigung fahren läßt und immer begehrlicher auftritt. Wer soll ihm in den Arm fallen? Bei der Grenzregulirung von Afghanistan erhebt Rußland neue Anstände; auf der Balkanhalbinsel aber macht es aus seiner Absicht gar kein Hehl mehr, den Fürsten Alexander von Bulgarien vom Throne zu entfernen. Russische Agenten verdächtigen den Fürsten bei seinem Volke, als ob er der Sklave des Sultans geworden sei, indem er mit ihm einen Staatsvertrag abgeschlossen habe. Fürst Alexander ist nicht der Mann dazu, er findet auch in der Begeisterung seines Volkes für ihn den besten Schutz gegen den Moskowiter-Haß. Er hat erklärt, daß er lieber sein Land durch äußeren Druck verlieren, als den Haß seiner Bulgaren, die ihm bisher vertrauensvoll gefolgt seien, durch Unterwerfung unter die russische Knute auf sich laden wolle. Rußland ermuntert ferner auch die Griechen in ihrer Kriegslust. Die russischen Schiffe, und ihnen folgend, die italienischen, haben sich von dem europäischen Geschwader getrennt, das die griechische Flotte im Zaume halten sollte. Diese russische Ermuthigung der Griechen hindert die friedliche Beilegung der Wirren. Und um das Unbehagliche der ganzen diplomatischen Lage zu erhöhen, so greift jetzt das in Warschau erscheinende amtliche Blatt der russischen Regierung Deutschland wegen seiner Schutzzölle und der Polenausweisungen heftig an. Für diese auffällige Thatsache ist zwar die Entschuldigung möglich, daß der neue Redakteur jenes amtlichen Warschauer Blattes darauf ausgeht, die Polen für die russische Regierung zu gewinnen; aber seltsam ist es doch, daß ein russisches Amtsblatt so gehässig von Deutschland redet, wie es die Polen auch nicht anders thun. Bismarck's Leibblatt hat nicht versäumt, einen kalten Wasserstrahl nach Petersburg zu richten, aber recht vertrauenerweckend sieht sich das Alles nicht gerade an.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 1. April.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Auf der Tagesordnung: 2. Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Beförderung deutscher Ansiedelungen in Westpreußen und Posen. Die Kommission beantragt Annahme der Vorlage in der von ihr beschlossenen Fassung. Abg. Frhr. v. Huene (Centr.) beantragt: Die Regierung aufzufordern: 1) Dasjenige Statistische mitzutheilen, aus welchem hervorgeht, mit welchem Erfolge die polnische Nationalität unter Verdrängung der vorhandenen deutschen Elemente, wie behauptet ist, versucht hat, sich auszubreiten. 2) Eingehende Mittheilungen über Art, Umfang und Erfolg der früheren Germanisirungsversuche durch agrarpolitische Maßregeln, wie solche seit 1830 getroffen sind, zu machen. Bis zur Vorlegung dieses Materials soll die Berathung über diesen Entwurf ausgesetzt werden. Die Regierung, führte Antragsteller aus, habe in der Kommission abgelehnt, auf diesen Antrag einzugehen, da die Verhältnisse notorisch seien. Hätte die Regierung genügendes Material, so brauchte sie die Kritik nicht zu scheuen, indem sie es vorlegte. In den Motiven sei gesagt, es sollten polnische Güter angekauft werden; davon stehe aber im Gesetz nichts und die Rechnungsablegung werde ergeben, wie viele deutsche Güter angekauft sind. Eine solche Geschäftsführung sei man bisher in Preußen nicht gewöhnt gewesen. Die Berechnungen in der Kommission gingen von verschiedenen Gesichtspunkten aus, aber sie kämen alle zu dem gleichen Resultat, daß 40,000 Deutsche angesiedelt werden sollen. Der Staat werde hier in einer Weise mit Mitteln engagirt, als ob der Feind schon vor der Thür stehe; die Gefahr müsse aber doch erst bewiesen werden. Abg. v. Rauchhaupt (kons.): Der Vorredner verlange statistisches Material, sage aber gleichzeitig, dasselbe sei unzuverlässig; weshalb verlangt er denn dann solches? Die in der ersten Lesung gegebenen Zahlen bewiesen eine unverhältnißmäßige Zunahme der Polen. Die zunehmende Verbreitung der polnischen Sprache sei durch die Rekrutenaushebung bewiesen. Aus den Reden der Herren aus den östlichen Provinzen gehe zudem hervor, wie die Verhältnisse dort liegen und wie groß die Gegnerschaft der Polen gegen die Deutschen ist. Alle Einzelheiten der Ausführung ließen sich angesichts der wechselnden Verhältnisse nicht von vornherein feststellen. Seine Partei werde für die Vorlage stimmen. — Abg. Dirichlet (freis.) theilt nicht das Vertrauen des Vorredners in die Regierung, um so ohne Weiteres 100 Mill. auf dem Altare des Vaterlandes niederzulegen. Der Vorredner habe die von der Regierung nicht gegebene Statistik geben wollen; dabei sei es ihm passirt, daß er Katholiken und Polen identifizirt habe. Die Kommission sei mit außerordentlicher Leichtigkeit über die richtige konstitutionelle Frage hinweggegangen, ob es zulässig sei, polnischen Adeligen den Ankauf von Gütern zu verbieten. Sie habe das mit derselben Logik gethan, als wenn man sagen wollte, wo hat denn Jemand das verfassungsmäßige Recht, eine polnische Adelige zu heirathen? Es sind ja genug andere Frauen da — er kann ja eine Hannoveranerin aus den Moor-Kolonien nehmen. Man wolle das Institut der Rentengüter schaffen, von denen der konservative Abg. Knauer-Gröbers gesagt habe: Man werde den Besitzern solcher Güter nicht nur vorschreiben müssen, wie viel Schweine und Kühe sie halten dürfen, sondern auch, wie viel sie Kinder haben sollen. (Heiterkeit.) Man schaffe damit weiße Sklaven. Die Mitglieder solcher Gemeinden werden an die Scholle gebunden und große Lasten erwarten sie, denn die anzukaufenden Rittergüter — meist werden es deutsche sein — enthalten eine große Anzahl von Arbeitern, die den Unterstützungswohnsitz erworben haben; wer soll sie unterstützen? Das Gesetz widerspreche der Verfassung, dem Begriffe des Eigenthums; es wirke corrumpirend und sei zur inneren Kolonisation ganz ungeeignet. — Wehr (freikons.) ist für die Vorlage, für welche ein dringendes Bedürfniß vorliege. Wer für die Vorlage stimme, erweise dem Vaterlande einen Dienst. — Kantak (Pole) bestreitet die Zurückdrängung des Deutschthums, vielmehr würden die Polen zurückgedrängt. Die polnischen Bewegungen hätten sich nie gegen Deutschland, sondern nur gegen Rußland gerichtet. — Minister Lucius: Nachdem beide Häuser des Landtags Maßregeln gegen die polnische Bewegung gefordert, bedürfe es keines Nachweises für das Bedürfniß der Maßregel mehr. Wer in den bisherigen Verhandlungen nicht die Ueberzeugung gewonnen, dem könne sie überhaupt nicht verschafft werden. Alle Details auf Heller und Pfennig zu berechnen, sei unmöglich, man könne die nöthigen Transaktionen getrost den Beamten überlassen, mit denen bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen, wo es sich um Milliarden handelte, nur gute Erfahrungen gemacht worden sein. — Sattler (nat.-lib.) befürwortet die Vorlage, die der Verfassung keineswegs widerspreche und die wirthschaftlichen Verhältnisse der betreffenden Landestheile bessern werde. Nachdem der Antrag Huene mit 218 gegen 120 Stimmen abgelehnt worden, wird § 1 der Vorlage gegen die Stimmen des Centrums, der Freisinnigen, der Polen und einiger Konservativer der äußersten Rechten angenommen. Morgen wird die Berathung fortgesetzt.

Berlin. Der Reichstag, dem der Handelsvertrag mit Zanzibar zugegangen, nahm in zweiter Lesung die Abänderung der Civilprozeßordnung bezüglich des Zustellungsverfahrens an. Meyer-Halle beantragte Ansetzung der 3. Lesung bis nach Ablauf von drei Monaten. Klemm ist gegen den Antrag, welcher abgelehnt wurde. Die Vorlage betreffs Verleihung von Korporationsrechten an Innungsverbände wurde in dritter Lesung angenommen, dann wurden Wahlprüfungen erledigt. Morgen: Dritte Berathung des Sozialistengesetzes. Ein Antrag Singer's, vorher Wahlprüfungen vorzunehmen, wurde abgelehnt, da dieselben eine volle Sitzung ausfüllen würden.

Berlin. Die Reichstagskommission für das Militärpensionsgesetz nahm die Vorlage an. Eine Erhöhung der Pensionssätze erhalten alle seit 1882 verabschiedeten Offiziere, sowie diejenigen, denen für Theilnahme am Feldzug 1870/71 mindestens ein Kriegsjahr angerechnet worden ist und die infolge der in diesem Kriege erhaltenen Verletzungen den Abschied nahmen. Die für Offiziere der letzteren Kategorie erwachsenden Mehrausgaben übernimmt der Reichsinvalidenfond, die übrigen Pensionen sind aus dem allgemeinen Pensionsfond zu bestreiten. — Der Kaiser, der Kronprinz und die Prinzen Wilhelm und Georg statteten dem Fürsten Bismarck anläßlich seines heutigen Geburtstages persönlich Gratulationsbesuche ab. Einige Tausend Glückwunschschreiben und Telegramme waren aus allen Theilen Deutschlands und der ganzen Welt eingegangen. — Im Reichstage ging ein von Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen unterstützter Kompromißantrag zur Zuckersteuerreform ein, nach welchem die Rübenzuckersteuer 1,70 Mk., die Ausfuhrvergütung vom 1. August 1886 bis 30. September 1887 18, für die folgende Zeit 17,50 Mk. betragen soll. — Die „Nordd. Allg." bezeichnet die Nachricht des „Soleil", wonach Deutschland bei den belgischen Unruhen seine Hand im Spiele hätte, um auf diese Weise Anlaß zur Intervention zu haben, falls die belgische Regierung außer Stande sei, den Aufstand zu unterdrücken, als Börsenspekulationserfindung.

Die Berliner Börse eröffnete reservirt. Die Spekulation zeigte große Unschlüssigkeit; verhältnißmäßig kleine Ordres genügten zur Bestimmung des Kourses. Später ermattete die Tendenz auf niedrigere Londoner Notirungen, befestigte sich jedoch gegen Schluß, da namentlich für russische Werthe zu herabgesetzten Kursen vielfach Kauflust bestand. Spekulative Banken zeigten zahlreiche Schwankungen, deutsche Bahnen schwächer, österreichische sehr still, ebenso Bergwerke. Im Kassaverkehr waren deutsche Bahnen schwächer, österreichische unbeachtet, Banken wenig verändert, Bergwerke befestigt, Industrien vorwiegend angeboten. Deutsche Fonds fest. Von österreichischen Prioritäten Goldprioritäten gewagt. Privatdiskont 2⅛ Prozent.

Breslau, 1. April, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. März 33,80, pr. April-Mai 35,50, pr. Juli-August 37,30. Roggen pr. März 134,00, pr. April-Mai 136,00, pr. September-October 140,00. Rüböl loco pr. März 45,00, pr. April-Mai 45,00. Hafer per Frühjahr unverändert. — Wetter: Schön.

Stettin, 1. April Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen unverändert, loco 145—157, pr. April-Mai 157,00, pr. Sept.-October 165,50. Roggen fest, loco 125—130, pr. April-Mai 133,50, pr. September-October 138,00. Rüböl lebhaft, loco pr. April-Mai 43,50, pr. Sept.-October 46,50. Spiritus matt, loco 33,80, pr. April-Mai 35,00, pr. Juni-Juli 36,60, pr. Juli-August 38,30. Petroleum loco verzollt Usance 1¹, Proc. Tara 12,00.

Frankfurt a. M., 1. April. Credit 237½. Staatsbahn —. Lombarden 97½. Galizier 168. Egypter 68,00. 4proc. Ungar. Goldrente 82,90. Gotthardbahn —,—. Disconto 215,30. Dresdner Bank —. Fest.

Wien, 1. April. Credit 297,80. Staatsbahn 255,60. Lombarden 122,50. Nordwestb. 171,50. Marknoten 61,65. Ung. Credit 299,00. Schwächer.

Paris, 1. April. Schluß. Rente 80,40. Anleihe 108,35. Italiener 97,85. Staatsbahn 515,00. Lombarden 290,00, do. Prioritäten —,—. Spanier 57,31. Oest. Goldrente —. Egypter 342,00. Ottomanen 517,00. Besser.

London, 1. April, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 100 5/16. 1873er Russen 97. Italiener 90½. Lombarden 10½. Konv. Türken 13 9/16. 4proc. fundirte Amerikaner 128½. 4proc. Ungar. Goldrente 81½. Oesterr. Goldrente 82. Preuß. Consols 104. Egypter 67½. Neue Egypter 97½. Ottomanbank 10½. Suez-Actien 83. — Stimmung: Matt. — Wetter: Schön.

Amsterdam (Produkten), 1. April. (Schluß.) Weizen per Nov. 222, per Mai —. Roggen per Mai 133, per Oktober 139.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der König wohnte gestern den Kompagnie-Vorstellungen des Leib-Grenadierregiments bei.

— Zum Direktor der 3. Bezirksschule (in Friedrichstadt) ist der bisherige Lehrer an der 5. Bürgerschule (in Antonstadt), Herr Glaich, früher Lehrer in Limbach, ernannt worden. Nach dem Lokalstatut für die hiesigen Volksschulen schlägt bei Vakanz einer Direktorstelle der Stadtrath als Kollator drei Kandidaten vor, unter denen der Schulausschuß (welcher aus 5 Stadträthen, 5 Stadtverordneten, dem Ephorus und 3 Schuldirektoren besteht) per majora wählt.

— Ueber die diesjährigen Uebungen des Beurlaubtenstandes ist durch Kabinetsordre bestimmt worden. Die Dauer der Uebungen für die Landwehr — die Tage des Zusammentritts und Auseinandergehens am Uebungsorte mit einbegriffen — beträgt 12 Tage. Wo es im Interesse der Ausbildung für wünschenswerth erachtet wird, kann für die Reservisten, je nach Bestimmung der General-Kommandos beziehungsweise obersten Waffenmustanzen, diese Uebungszeit bis zu 20 Tagen verlängert werden. Für die Dauer der Uebung des Trains trifft das Kriegs-Ministerium nähere Bestimmung. Die zu diesen Uebungen aus dem Beurlaubtenstande einzuziehenden Offiziere oder Unteroffiziere haben überall einen Tag früher am Uebungsorte einzutreffen als die übrigen Mannschaften. Die Uebungen der Landwehr-Infanterie finden in Bataillonen, und nur, wo lokale oder andere Verhältnisse dies durchaus bedingen, in Kompagnien, die der Landwehr-Fußartillerie, wo mehrere derselben den gleichen Uebungsort haben, in Bataillonen statt, welche zu diesem Zwecke besonders formirt werden. Die Reservisten der Infanterie haben grundsätzlich bei den Truppentheilen, und zwar ohne Aufstellung besonderer Kompagnien zu üben.

Vernickelungs-Anstalt Schladitz & Bernhardt, Johannes-Allee 7, Café Kaiserhof.